

DER PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER LANDWIRTSCHAFT

Pressedienst Nr. 16006
Mittwoch, 03. März 2021

AMA: Qualität und Regionalität punkteten beim Lebensmitteleinkauf 2020	1
Deutschland: Machbarkeitsstudie zum Umbau der Nutztierhaltung präsentiert	3
Köstinger/Kocher: Mit 1. Juli 2021 tritt einheitliches Landarbeitsgesetz in Kraft	5
Moosbrugger: Arbeitgeberzusammenschlüsse für attraktive Arbeitsplätze	6
Montecuccoli: Forstwirtschaft war 2020 geprägt von Klima- und COVID-19-Krise	7
Hagelversicherungs-Webinar zum Schwerpunkt Risikomanagement	10
Weltfrauentag 2021: Heldinnen aus unseren Regionen gesucht	12
Russland: Lebensmittelproduzenten versprechen Preisstabilität	13

**EINEN TEIL DER AUFLAGE FINANZIERT
DIE NIEDERÖSTERREICHISCHE VERSICHERUNG**



Die Niederösterreichische
Versicherung

AMA: Qualität und Regionalität punktet beim Lebensmitteleinkauf 2020

Wertmäßige Steigerung bei bäuerlichen Direktvermarktern beträgt 24%

Wien, 3. März 2021 (aiz.info). - Die Österreicherinnen und Österreicher gaben 2020 im Lebensmitteleinzelhandel (LEH), beim Discounter, aber auch bei alternativen Vertriebsquellen, wie etwa beim Bäcker, Fleischer und Bauern, 14% mehr für Lebensmittel aus als noch 2019. Das geht aus dem aktuellen RollAMA-Haushaltspanel der AMA-Marketing, in dem 2.800 österreichische Haushalte Aufzeichnungen über ihre Einkäufe im LEH (inkl. Hofer und Lidl), ohne Brot und Gebäck, führen, hervor. Mengenmäßig haben die darin erfassten Warengruppen im Mittel um knapp 10% zugelegt. Auffallend im Jahr von Corona war, dass Produkte mit längerer Haltbarkeit, in Bio-Qualität, aus der Region sowie leicht zubereitende Fleischsorten mehr nachgefragt waren. So gaben heimische Haushalte 24% mehr direkt beim Bauern aus als im Jahr davor. Auf den Bauernmärkten wurden 2020 besonders Frischmilch und Eier beim bäuerlichen Direktvermarkter gekauft, gefolgt von Erdäpfeln und Speck. Trotz der teilweise wohl angespannten finanziellen Situation stiegen auch die Bio-Anteile kontinuierlich an und erreichten mit 10% erstmals einen zweistelligen Wert. "Wir werten das als Zeichen für ein gesteigertes Qualitätsbewusstsein der Konsumenten. Offenbar haben sich viele in den letzten Monaten intensiver mit ihrer Ernährung auseinandergesetzt und Bio-Erzeugnisse dabei als Produkte ihrer Wahl entdeckt", erklärte dazu **Michael Blass**, Geschäftsführer der AMA-Marketing. * * * *

"Regionalität und Qualität sind unsere Erfolgsfaktoren. 59% schauen beim Einkauf auf Qualität, sogar 67% auf Regionalität. Wenn wir uns etwas Positives aus dem Jahr 2020 mitnehmen wollen, dann ist das sicher der bewusste Konsum von Lebensmitteln. Diesen Trend möchten wir auch 2021 wiederholen", sieht Landwirtschaftsministerin **Elisabeth Köstinger** auch einen klaren Auftrag für die Herkunftskennzeichnung bei verarbeiteten Produkten. "Das Vertrauen in unsere heimische, kleinstrukturierte Landwirtschaft und somit der Trend zur Direktvermarktung steigt. Bereits 66% der Konsumenten geben an, dass sie beim Kauf von Lebensmitteln auf die Herkunft schauen. Bei Wurst oder Käse wissen die Konsumenten noch nicht, woher das Fleisch oder die Milch stammt. Gemeinsam mit dem Gesundheitsministerium müssen wir das ändern", bekräftigte Köstinger.

20 Euro mehr pro Haushalt und Monat

Die stärksten wertmäßigen Steigerungen gab es im zweiten und im vierten Quartal 2020. Insgesamt betragen die durchschnittlichen Haushaltsausgaben 2020 für Frischeprodukte ohne Brot und Gebäck sowie Fertiggerichte 170 Euro pro Monat. Der wertmäßig größte Anteil entfällt auf Wurst und Schinken, gefolgt von Milch, Joghurt und Butter. Platz drei nimmt die Warengruppe Fleisch inklusive Geflügel ein, 10% werden für Käse ausgegeben. Obst und Gemüse machen gemeinsam knapp ein Viertel der Ausgaben aus. 2020 gaben die Haushalte durchschnittlich rund 20 Euro mehr pro Monat im Lebensmitteleinzelhandel aus als in den Jahren davor. Besonders gestiegen sind die Ausgaben für Fertiggerichte, Frischgemüse und -obst, Fleisch, Wurst und Schinken sowie für frische Milchprodukte. Der Anteil jener Lebensmittel, die in Aktion gekauft wurden, ist 2020 leicht gesunken. Den höchsten Aktionsanteil zeigen Fertiggerichte sowie Fleisch und Wurst. Am wenigsten stark werden Eier rabattiert. Ein ungeahntes Revival feierten im vergangenen Jahr alle Arten von Kohlgemüse. Gemüsekonserven, Pilze, Fertiggerichte und Tiefkühllobst legten mengenmäßig um mehr als 20% zu.

10% mehr bei Milch und Milchprodukten

Die weiße Palette der Milchprodukte schaffte im vergangenen Jahr ein Mengenplus von 9% und einen wertmäßigen Zuwachs von 15,6%. Bis auf Frischmilch haben alle Produktgruppen zugelegt. Der Rückgang bei Frischmilch erklärt sich durch den Abtausch gegen länger haltbare ESL-Milch. "Das spiegelt einen schon länger zu beobachtenden Trend wider, der 2020 noch verstärkt wurde. Viele Konsumenten wollten in Zeiten von Corona weniger oft einkaufen gehen. Länger haltbare Milch bedient dieses Bedürfnis", interpretiert Blass. Dass vergangenes Jahr mehr gekocht wurde - wahrscheinlich auch traditionelle Gerichte - lässt sich aus dem Zuwachs bei Butter und beim kleinen, aber interessanten Segment Butterschmalz mit einem Plus von 30% ablesen.

Käse genießt seit vielen Jahren zunehmend die Gunst der Konsumenten und im Jahr 2020 besonders. 10% mehr wurden im vergangenen Jahr im Schnitt über alle Käsesorten eingekauft. Der Trend zu Convenience setzt sich fort. Der Anteil an fertig aufgeschnittenem und abgepacktem Käse stieg weiter, in Bedienung wurde weniger gekauft. "Das liegt am verstärkten Bedürfnis nach Hygiene beim Einkaufen. Teilweise waren die Feinkosttheken im ersten Lockdown auch geschlossen", so die AMA.

Schnelle Fleischsorten punkten

Auch Fleisch landete öfter als in den Vorjahren im Einkaufswagerl, und hier punkteten vor allem jene Fleischsorten, die schnell beziehungsweise einfach zuzubereiten sind. Hühnerfleisch legte mengenmäßig um 18% zu, Faschiertes um 11%. Eier braucht man für viele Gerichte, sie haben von der außergewöhnlichen Situation im Jahr 2020 besonders profitiert.

Qualitätsbewusstsein steigt

Im November befragte die AMA 2.000 Konsumentinnen und Konsumenten über ihr Einkaufsverhalten und ob oder wie es sich durch die Pandemie verändert hat. Gegenüber den letzten Motivanalysen im Jahr 2013 und 2017 gaben nun 59% an, beim Einkauf von Lebensmitteln eher auf die Qualität als auf den Preis zu achten. Auch die heimische und regionale Herkunft ist als Einkaufskriterium wichtiger geworden. Sie hat für zwei Drittel der Befragten an Bedeutung gewonnen. Frische, der Bezug direkt beim Bauern und hohe Qualität sind für jeden zweiten Teilnehmer der Studie entscheidend. Die geringere Einkaufshäufigkeit lässt die Kunden auf eine längere Haltbarkeit, die gute Erreichbarkeit des Geschäftes und eine große Auswahl an Fertiggerichten achten.

Lieblingsspeisen in der Dauerschleife

In den vergangenen Monaten wurde zwar mehr daheim gekocht, der Menüplan ist aber nicht unbedingt vielfältiger geworden. Das Gros der Haushalte bereitet zwischen fünf und 20 verschiedene Gerichte pro Monat als Hauptmahlzeit zu. 15% kochen vielseitiger, 6% begnügen sich mit weniger als fünf verschiedenen Gerichten. Für sich alleine kocht man naturgemäß weit weniger aufwendig, ein Drittel der Einpersonenhaushalte kommt mit fünf bis zehn unterschiedlichen Gerichten kulinarisch durch einen Monat. Wer keine Zeit zum Kochen hat, greift in die Tiefkühltruhe. Für rund die Hälfte der Befragten ist das Auftauen eines selbst gekochten Gerichtes oder eine kalte Mahlzeit eine gute Alternative zum Kochen. Fertiggerichte bereiten 33% zu, einen Lieferservice nutzen 19%. Jeder zehnte Studienteilnehmer besteht auf eine Mahlzeit aus der eigenen Küche und nimmt sich immer Zeit zum Kochen.

Hygiene: Gekommen, um zu bleiben

Eine Pandemie rückt den Wert früherer Selbstverständlichkeiten ins Bewusstsein vieler Menschen. Ein Drittel der Befragten möchte auch nach der Krise stärker auf Hygiene achten, ein Viertel heimische, regionale Lebensmittel kaufen. Freunde und Familie gewinnen an Bedeutung. Österreich legt als künftige Urlaubsdestination ebenso an Beliebtheit zu wie kleine, regionale Geschäfte. Rund 20% nehmen sich vor, nach der Krise auf ihre Gesundheit und gesunde Ernährung zu achten sowie Sport zu betreiben.

Die RollAMA ist die rollierende Agrarmarktanalyse der AMA-Marketing in Zusammenarbeit mit der GfK und KeyQUEST Marktforschung. Basis ist das GfK-Haushaltspanel. Dabei führen 2.800 österreichische Haushalte Aufzeichnungen über ihre Einkäufe im Lebensmitteleinzelhandel (inkl. Hofer und Lidl). Die RollAMA-Daten umfassen die Warengruppen Fleisch und Geflügel, Wurst, Milch und Milchprodukte, Käse, Obst, Gemüse, Erdäpfel, Eier, Tiefkühlprodukte, Fertiggerichte, aber nicht Brot und Gebäck. (Schluss) - APA OTS 2021-03-03/10:00

Deutschland: Machbarkeitsstudie zum Umbau der Nutztierhaltung präsentiert

Klößner: Mehr Tierwohl im Stall gibt es nicht zum Nulltarif

Berlin, 3. März 2021 (aiz.info). - Landwirtschaftsministerin **Julia Klößner** hat gestern in Berlin eine Machbarkeitsstudie präsentiert, in der Möglichkeiten aufgezeigt werden, wie der Umbau der Nutztierhaltung in Deutschland - hin zu mehr Tierwohl und einer höheren gesellschaftlichen Akzeptanz - gelingen kann. "Mehr Tierwohl im Stall und auf der Wiese gibt es nicht zum Nulltarif. Deshalb müssen wir das System der Tierhaltung umbauen, damit Landwirte die Erwartungen, die an sie gestellt werden, erfüllen und auch davon leben können. Wirtschaftlichkeit muss mit mehr Tierwohl zusammengehen, denn sonst exportieren wir diese Fragen ins Ausland und importieren mit den Produkten wiederum die alten Probleme", betonte die Ministerin. * * * *

Um den Umbau der Nutztierhaltung in Deutschland voranzutreiben, hatte Klößner das Kompetenznetzwerk Nutztierhaltung, die sogenannte "Borchert-Kommission" (benannt nach dem früheren Landwirtschaftsminister Jochen Borchert) eingesetzt. Die Kommission legte in der Folge ein Konzept zur Weiterentwicklung der Tierhaltung mit verschiedenen Möglichkeiten zur Finanzierung vor. Zur Bewertung der rechtlichen Konformität dieser Optionen hat das Landwirtschaftsministerium bei der Rechtsanwaltskanzlei Redeker, Sellner, Dahs eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben. Auch der Deutsche Bundestag, die Agrarminister der Bundesländer sowie die Borchert-Kommission selbst haben diesen Auftrag in ihren Beschlüssen unterstützt. Die Ergebnisse dieser Studie liegen nun vor.

Landwirten müssen Kosten für tierwohlgerechte Ställe ausgeglichen werden

Die Studie zeigt, welche Handlungsoptionen bei der Finanzierung und bei der Förderung des Umbaus der Nutztierhaltung in Deutschland und Europa rechtlich möglich sind und welche aus rechtlichen oder anderen Gründen ausscheiden. Die Autoren bekräftigen, dass den Landwirten die Kosten für den tierwohlgerechten Umbau der Ställe und die höheren laufenden Kosten ausgeglichen werden müssen. Die zu erwartenden Gesamtkosten werden mit 2,9 Mrd. Euro im Jahr 2025, 4,3 Mrd. Euro 2030 sowie 4,0 Mrd. Euro im Jahr 2040 beziffert.

Drei mögliche Varianten der Finanzierung

Die Studie nennt drei realistische Varianten der Finanzierung dieser Maßnahmen. Erstens wäre eine Anhebung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes für tierische Produkte von derzeit 7 auf 19% möglich. Die Finanzierung der Fördermittel könnte, zweitens, durch eine mengenbezogene Abgabe auf tierische Produkte in Gestalt einer Verbrauchsteuer erfolgen. Eine solche Steuer habe zwar den Vorteil, dass sie an Mengen geknüpft sei und nicht an das Produkt, wurde betont. Allerdings sei der Verwaltungs- und Bürokratieaufwand hoch. Als dritte Variante nennen die Experten eine Ergänzungsabgabe des Bundes auf die Einkommensteuer, diese wäre laut den Studienautoren rechtlich und verwaltungsmäßig am einfachsten und mit dem Unions- und Verfassungsrecht vereinbar.

"Die vorliegende Studie zeigt, dass den unterschiedlichen Empfehlungen des Kompetenznetzwerks Nutztierhaltung keine grundsätzlichen Bedenken entgegenstehen. Nur wenn den Landwirten Mehrkosten ausgeglichen werden und die Finanzierung vertraglich abgesichert ist, bekommen wir einen Schub für mehr Tierwohl. Es liegen nun mehrere rechtlich geprüfte Vorschläge auf dem Tisch, wie wir die Tierhaltung in Deutschland umbauen und finanzieren können. Es geht nicht um das Ob, sondern um das Wie", stellte Klöckner fest.

Bauernverband: Brauchen für Umbau langfristiges Finanzierungskonzept

Der Deutsche Bauernverband sieht in der Machbarkeitsstudie eine klare Bestätigung für die Konzepte der Borchert-Kommission. "Der Umbau der Nutztierhaltung kann gelingen, wenn die Handlungsempfehlungen der Studie nun rasch und vor allem zur Gänze umgesetzt werden", erklärt Generalsekretär **Bernhard Krüsken**.

"Entscheidend ist zuerst, einen Umbau überhaupt baurechtlich möglich zu machen, dazu brauchen wir ein tragfähiges langfristiges Finanzierungskonzept. Viele Landwirte stehen in den Startlöchern, brauchen aber dringend Planungssicherheit, wie dieser gesellschaftliche Konsens über die Art der Tierhaltung in Deutschland umgesetzt werden kann", so Krüsken. Die Studie komme teilweise zu anderen Vorschlägen der Finanzierung. Entscheidend sind hier aus Sicht des DBV zwei Faktoren: "Zum einen muss eine langfristige Verlässlichkeit der vorgeschlagenen Tierwohlprämien sichergestellt sein. Fünf oder sieben Jahre sind hier keine brauchbare Grundlage. Zum anderen ist für die vereinnahmten Mittel eine langfristige Zweckbindung erforderlich - das Geld muss dauerhaft dort ankommen, wo mehr Tierwohl entsteht, nämlich beim Landwirt", betont der Generalsekretär.

Nach Einschätzung des DBV muss der im Gutachten erwähnte Verlust von Fördermöglichkeiten bei Anhebung nationaler gesetzlicher Standards vermieden werden. "In jedem Fall muss die Differenz zwischen niedrigeren EU-Vorgaben und den zukünftig sehr hohen inländischen Standards durch

Förderprogramme ausgeglichen werden können. Ansonsten droht eine Verlagerung der Tierhaltung ins Ausland", warnt Krüsken. (Schluss) kam

Köstinger/Kocher: Mit 1. Juli 2021 tritt einheitliches Landarbeitsgesetz in Kraft

Klarere und übersichtlichere Regeln für in der Landwirtschaft Beschäftigte

Wien, 3. März 2021 (aiz.info). - Das österreichische Landarbeitsrecht war bisher in ein Grundsatzgesetz des Bundes, neun Ausführungsgesetze der Länder und über 100 Verordnungen zersplittert. Um eine Entbürokratisierung und klare, übersichtliche Regeln für in der Landwirtschaft Beschäftigte zu schaffen, haben sich Arbeitsminister **Martin Kocher** und Landwirtschaftsministerin **Elisabeth Köstinger** für eine Vereinfachung der Gesetzeslage eingesetzt. Mit 1. Juli 2021 tritt ein einheitliches Landarbeitsgesetz (LAG) in Kraft - anstatt der neun bundeslandspezifischen Landarbeitsordnungen. Ebenso werden die derzeit über 100 Verordnungen auf rund 20 reduziert. Davon profitieren rund 30.000 Landarbeiterinnen und Landarbeiter, die in 162.000 land- und fortwirtschaftlichen Betrieben österreichweit beschäftigt sind. * * * *

Mit dem Landarbeitsgesetz setzen Kocher und Köstinger eine Maßnahme aus dem Regierungsprogramm um. Das LAG wurde am Mittwoch im Ministerrat eingebracht und tritt nach Abschluss des parlamentarischen Prozesses voraussichtlich am 1. Juli 2021 in Kraft.

Neben der Vereinheitlichung der neun Ausführungsgesetze umfasst das LAG 2021 die Einführung der Möglichkeit von Arbeitszusammenschlüssen. Dabei handelt es sich um ein arbeitsmarktpolitisches Instrument, bei dem sich Betriebe innerhalb einer Region zusammenschließen können, um gemeinsam Arbeits- und Fachkräfte zu beschäftigen. Dadurch soll eine attraktive und nachhaltige Beschäftigung in der saisongeprägten Branche der Land- und Forstwirtschaft über das gesamte Jahr erreicht werden. Die anfallenden Arbeiten in den einzelnen Betrieben können so flexibel aufgeteilt werden.

Verbesserte Rahmenbedingungen für Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Darüber hinaus schafft die Rechtsvereinfachung durch das LAG 2021 auch verbesserte und einheitliche Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf österreichweit. Folgende Maßnahmen werden rechtlich vereinheitlicht: der Papamonat, die volle Anrechnung der Elternkarenz auf alle dienstzeitabhängigen Ansprüche sowie der Anspruch auf Pflegekarenz.

Auch in der Land- und Forstwirtschaft ist für die vorzeitige Freistellung von Schwangeren in den meisten Fällen kein Behördenweg zu einer Amtsärztin oder einem Amtsarzt mehr notwendig. Ein gynäkologisches beziehungsweise internistisches Zeugnis genügt. Neu ist zudem die Entgeltfortzahlung bei Teilnahme an der Katastrophenhilfe sowie die Flexibilisierung der Wiedereingliederungsteilzeit.

Kocher: Beschäftigung in der Land- und Forstwirtschaft wird attraktiver

"Das Landarbeitsgesetz schafft erstmals in Österreich für die Land- und Forstwirtschaft klare und einheitliche Regelungen. Die Beschäftigten und die Betriebe profitieren auch von beschleunigten Gesetzgebungsverfahren. Zudem gestalten wir mit der Möglichkeit von Arbeitgeberzusammenschlüssen die Beschäftigung in der Land- und Forstwirtschaft attraktiver, da eine Anstellung saisonunabhängig das ganze Jahr über möglich ist. Damit ist das LAG 2021 ein notwendiges arbeitsmarktpolitisches Instrument, das aus der Krise heraus auch für die Land- und Forstwirtschaft neue Beschäftigungsmöglichkeiten schaffen soll", betont Kocher.

Köstinger: Wir stärken Arbeitsplätze in den Regionen

"Es ist wichtig, dass es einheitliche Arbeitsbedingungen gibt und Ungerechtigkeiten durch dieses Gesetz beseitigt wurden. Die insgesamt 30.000 Landarbeiterinnen und Landarbeiter leisten jeden Tag harte und unersetzbare Arbeit für unser Land und unsere Lebensmittelversorgung. Die Möglichkeit der Arbeitgeberzusammenschlüsse ist für viele Betriebe eine gute Chance, um gemeinsam Beschäftigung zu schaffen. Damit machen wir viele Jobs attraktiver sowie nachhaltiger und stärken viele land- und forstwirtschaftliche Arbeitsplätze in den Regionen", unterstreicht Köstinger. (Schluss) kam

Moosbrugger: Arbeitgeberzusammenschlüsse für attraktive Arbeitsplätze

Bundesweit einheitliches Landarbeitsgesetz vom Ministerrat beschlossen

Wien, 3. März 2021 (aiz.info). - "Mit dem Beschluss des Ministerrates über ein neues Landarbeitsgesetz wurde eine langjährige Forderung der Landwirtschaftskammer Österreich über Arbeitgeberzusammenschlüsse Wirklichkeit. Diese Zusammenschlüsse wurden aufgrund unserer Forderung gemeinsam von den Sozialpartnern entwickelt und sind nun im Entwurf zum neuen Landarbeitsgesetz enthalten. Die Arbeitgeberzusammenschlüsse machen es möglich, dass mehrere Land- und Forstwirte unter Anwendung des Landarbeitsrechts und land- und forstwirtschaftlicher Kollektivverträge gemeinsam Dienstnehmer beschäftigen. Durch die gemeinsame Beschäftigung von Arbeitnehmern können nun in unserer kleinstrukturierten Landwirtschaft, die ja durch Saisonspitzen und Wetterabhängigkeit geprägt ist, längerfristige attraktive Arbeitsplätze geschaffen werden", freut sich Landwirtschaftskammer (LK) Österreich-Präsident **Josef Moosbrugger** über den Beschluss des Ministerrates, dem Nationalrat ein neues, bundesweit einheitliches Landarbeitsgesetz zur parlamentarischen Behandlung vorzulegen. * * * *

Bisher wurde das Arbeitsrecht für die Arbeiter in der Land- und Forstwirtschaft in neun verschiedenen Landarbeitsordnungen, die aufgrund eines Grundsatzgesetzes des Bundes erlassen wurden, und mehr als 100 Verordnungen der Länder festgeschrieben. Aufgrund der Änderung der Gesetzgebungskompetenz per 1. Jänner 2020 wurde die Erstellung einer bundesweit einheitlichen Rechtsgrundlage notwendig. Ausgangsbasis für das neue einheitliche Landarbeitsgesetz waren die Landarbeitsordnungen der Länder, deren Regelungen soweit als möglich übernommen wurden. Das neue Landarbeitsgesetz schafft nunmehr bundesweit einheitliche, moderne Standards im Arbeitsrecht der Land- und Forstwirtschaft. (Schluss) - APA OTS 2021-03-03/11:47

Montecuccoli: Forstwirtschaft war 2020 geprägt von Klima- und COVID-19-Krise

Volatiler Holzmarkt und Ansturm an Freizeitnutzern bereiten große Probleme

Wien, 3. März 2021 (aiz.info). - "Das Jahr 2020 war von zwei weltweiten Krisen geprägt: der Klima- und der COVID-19-Krise. Beide machten auch den heimischen Waldbesitzern das Leben schwer. Hinzu kam ein sehr volatiler Holzmarkt. Einerseits haben wir es mit steigenden Kosten für Käferbekämpfung, Wiederaufforstung, Waldhygiene etc. zu tun, andererseits mit niedrigen Holzpreisen. Zudem steigen die Anforderungen der Gesellschaft an die vielfältigen Waldfunktionen massiv - vor allem die Erholungsfunktion hat den Wald 2020 mit einem regelrechten Ansturm an Freizeitnutzern an seine Grenzen gebracht. Im Kampf gegen den Klimawandel brauchen wir aber mehr denn je eine nachhaltige, aktive Waldbewirtschaftung", betonte heute **Felix Montecuccoli**, Präsident der Land&Forst Betriebe, im Rahmen seiner Bilanz-Presskonferenz. * * * *

Klimawandel ist Realität

Anfang des Jahres 2020 mussten heimische Forstwirte vom Schlimmsten ausgehen - das Frühjahr war geprägt von enormer Trockenheit und fehlendem Niederschlag. Früher Borkenkäferflug, schlechte Wasserversorgung der Böden sowie Waldbrandgefahr hielten Waldbesitzer in Atem. 2020 zählt zu den wärmsten Jahren der österreichischen Messgeschichte, aber der Sommer brachte zum Glück den so notwendigen Niederschlag für die Wälder. Das war nur eine kurze Verschnaufpause für Wald und Waldbesitzer, denn der Klimawandel schreitet immer schneller voran.

COVID-19 brachte den Markt zusätzlich durcheinander

Die Corona-Krise traf zu Beginn der Pandemie die gesamte Wertschöpfungskette Holz. Im ersten Lockdown kam es zu Produktionsrückgängen der Säge-, Papier- und Plattenindustrie mit negativen Auswirkungen auf die Urproduktion. Die Nachfrage nach heimischem Frischholz ging zurück, die Preise sanken massiv. Erschwerte Aufarbeitungsbedingungen und Arbeitskräftemangel durch den Lockdown taten ihr Übriges. Ab Mai 2020 ging es zumindest für die Marktpartner wieder bergauf. Die Sägeindustrie konnte ihren Betrieb wieder aufnehmen und erlebt seitdem einen Aufwärtstrend, während die Urproduktion aus der Talsohle nicht herauskommt.

Verstärkte Freizeitnutzung in Corona-Zeiten

Die Corona-Krise hatte zudem einen unerwarteten Effekt auf den Freizeit- und Erholungsraum Wald. In Zeiten der Ausgangs- und Reisebeschränkungen strömten deutlich mehr Menschen auf der Suche nach Erholung und Bewegung in die Wälder. Der Wald hat aber zahlreiche Funktionen zu erfüllen, und hier kam und kommt es immer wieder zu Konflikten. "Waldbesucher fühlen sich bereits durch die Masse anderer Besucher gestört, Wildtiere werden aufgeschreckt und zurückgedrängt, Jungkulturen werden betreten und beschädigt, Schutzgebiete werden überlaufen, Waldarbeit wird behindert und Menschen in Gefahr gebracht. In manchen Regionen werden wir künftig um Lenkungsmaßnahmen und klare Spielregeln für die Freizeitnutzung nicht herumkommen. Der Schlüssel zum Erfolg liegt dabei in bedarfsorientierten Lösungen und in der Kommunikation", ist Montecuccoli überzeugt.

Schadholzaufkommen halbiert

Im Jahr 2020 betrug die österreichische Gesamt-Holzernte rund 16,4 Mio. Festmeter (fm), 2019 waren es 18,9 Mio. fm. Der Niederschlag im Sommer brachte Entspannung bei den Käferkalamitäten. Somit halbierte sich die Schadholzmenge 2020 im Vergleich zum Vorjahr auf 5,8 Mio. fm (2019: 11,7 Mio. fm).

In den Nachbarländern Deutschland und Tschechien lag die Schadholzmenge nach wie vor auf Rekordniveau. Der klimawandelbedingte, enorm hohe Schadholzanteil führte nicht nur zu einem Mengendruck, sondern auch zu einer Preisreduktion, die die heimischen Forstbetriebe schmerzhaft zu spüren bekamen.

Holzpreise 2020 auf historisch niedrigem Niveau

2020 brachte über alle Sortimenten eine weitere deutliche Preisreduktion im Vergleich zu 2019. Die Holzpreise befinden sich zudem bereits seit mehreren Jahren in einer Abwärtsspirale. War zu Beginn des Jahres 2020 - also vor der Pandemie - bei den Nadelsägerundholzpreisen noch ein leichter Trend nach oben erkennbar, so gingen die Holzpreise mit Beginn der Corona-Krise auf Talfahrt und erreichten im Sommer 2020 mit 61,3 Euro/fm einen Rekord-Tiefstwert. Erst Ende des Jahres 2020 waren wieder positive Preissignale erkennbar.

"Der Jahresdurchschnittspreis 2020 betrug beim Nadelsägerundholz 68,8 Euro/fm, das ist eine 30%ige Preisreduktion zu den eigentlich notwendigen Erlösen von Mitte 2014. Im dritten Quartal 2020 lag der Sägerundholzpreisindex erstmals seit 2009 unter der 100%-Marke. Bei solchen Preisen ist kein positives Ergebnis mehr möglich. Durch den Holzverkauf können wir die betrieblichen Kosten nicht mehr decken, und eine nachhaltige Forstwirtschaft wird in Gefahr gebracht. Ein Lichtblick besteht darin, dass seit dem vierten Quartal 2020 die Preise leicht ansteigen, die Auftragsbücher der Sägeindustrie voll sind und vonseiten der Industrie auch große Investitionen angekündigt werden", erläuterte Montecucoli.

Außenhandel: Schnittholzexporte um 2,5% reduziert

Österreich importierte 2020 insgesamt 12,06 Mio. fm Rohholz, um 14% mehr als im Jahr 2019. Hauptlieferländer waren Tschechien und Deutschland. Der Nadelschnittholzexport ist gleichzeitig um etwa 2,5% zurückgegangen. Hier hat die Corona-Krise in einigen Ländern großen Einfluss gehabt, was aber Mitte des Jahres wieder ausgeglichen werden konnte. Die Lieferungen in den Hauptexportmarkt Italien gingen um 9,4% zurück. Dies wurde durch einen verstärkten Export nach Deutschland (+13%) und USA (+26%) ausgeglichen. Aus einem gesamten Rohholzimport von 12,06 Mio. fm und einem Export von 0,63 Mio. fm ergibt sich ein Netto-Rohholz-Import 2020 von 11,43 Mio. fm.

Waldfonds bringt wertvolle Unterstützung

Montecucolis Blick in die Zukunft fällt gemischt aus: "Niedrige Holzpreise, ein hohes Schadholzaufkommen, steigende Erntekosten und die erschwerte Aufarbeitung bewirken, dass mittlerweile viele Forstbetriebe mit dem Rücken zur Wand stehen. Wir brauchen daher weiterhin eine gute Konjunktur, positive Preisentwicklungen und auch Vertrauen sowie Transparenz in der Holzübernahme. Neben den marktwirtschaftlichen Bedingungen bleibt aber ein weiterer großer

Unsicherheitsfaktor: der Klimawandel. Die Produktionsstätten des Rohstoffes Holz liegen unter freiem Himmel und sind direkt von den Auswirkungen der Klimakrise betroffen."

"Eine äußerst wertvolle Unterstützung in dieser schwierigen Phase bringt der von der Bundesregierung unter Federführung von Landwirtschaftsministerin Elisabeth Köstinger geschaffene Waldfonds. Er ist mit insgesamt 350 Mio. Euro dotiert. Sechs von zehn Maßnahmen mit einem Volumen von 200 Mio. Euro stehen den Waldbesitzern in einem ersten Schritt seit Anfang Februar zur Beantragung zur Verfügung. Dieser Fonds ist eine ganz wichtige Hilfe für die Aufrechterhaltung der nachhaltigen Forstwirtschaft und die Pflege klimafitter Wälder. Jeder Euro dieses Pakets ist gut investiert - in die Zukunft der Wälder und unseres Klimas. Im Unterschied zu Förderungen in anderen Ländern ist dies kein Zuschuss für ein Requiem für tote Wälder, sondern eine wirksame Unterstützung für eine aktive und klimafitte Waldbewirtschaftung", zeigte sich Montecuccoli erfreut.

Außer-Nutzung-Stellen ist der falsche Weg

Der Präsident der Land&Forst Betriebe forderte in diesem Zusammenhang auch faire, praktikable Rahmenbedingungen für die Forstwirtschaft. Zur Biodiversitätsstrategie stellte er fest: "Die Forderung nach Außer-Nutzung-Stellen von Wäldern ist ganz klar der falsche Ansatz. Der richtige Weg lautet: Holz nützen und Klima schützen. Eindimensionale Forderungen und Verpflichtungen sind kein Lösungsansatz für das so bedeutende Thema Biodiversität und konterkarieren den Klimaschutz und viele andere Waldleistungen. Es braucht partnerschaftliche Lösungen. Nur proaktiv von Landbewirtschaftern und Grundbesitzern mitgestaltete und mitgetragene Biodiversitätsmaßnahmen werden nachhaltigen Erfolg für die Zukunft bringen können. Bereits bisher erfolgreich umgesetzte Vertragsnaturschutzlösungen bilden hier eine geeignete Grundlage", so Montecuccoli.

Mehr Tempo bei Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz

Weiters forderte er mehr Tempo in der Umsetzung des Erneuerbaren-Ausbau-Gesetzes. "Im Kampf gegen die Klimakrise haben wir keine Zeit, um zuzuwarten und aufzuschieben. Das Klimaziel der Bundesregierung rückt in weite Ferne", warnte Montecuccoli und ergänzte: "Eines ist klar: Ohne biogene Energieträger ist die Energiewende nicht zu schaffen. Biomasseanlagen leisten auf dem Weg weg von fossiler und hin zu erneuerbarer Energie einen wichtigen Beitrag für die Gesellschaft. Biomasse ist eine wichtige Ergänzung zu emissionsfreien Energiequellen wie Sonne, Wind, Wasser - denn Strom aus Biomasse kann unabhängig von der Witterung immer und regelmäßig erzeugt werden. Zudem sichert der Fortbestand der Biomasseanlagen regionale Wertschöpfung und wertvolle Arbeitsplätze im ländlichen Raum."

Entlasten statt belasten

Außerdem sprach sich der Präsident für die Entlastung der Forstwirtschaft anstatt einer steuerlichen Belastung aus: "Steuern und Abgaben müssen aus Erträgen finanzierbar sein. Forstwirtschaft wird ein schlechtes Geschäft bleiben und soll trotzdem vielfältige Leistungen für Umwelt und Gesellschaft erbringen. Wer in Zukunft Waldbewirtschaftung betreibt, wird ein Arbeitseinkommen haben, aber eine sehr geringe Vermögensverzinsung. Steuern und Abgaben müssen aus Erträgen finanzierbar sein und keinesfalls aus der Substanz." (Schluss)

Hagelversicherungs-Webinar zum Schwerpunkt Risikomanagement

Indexversicherungen als Garant für einen stabilen Agrarsektor und eine nachhaltige Lebensmittelversorgung

Wien, 3. März 2021 (aiz.info). - Wochenlange Trockenperioden und Dürreschäden haben in den vergangenen Jahren bei bäuerlichen Betrieben Schäden in Millionenhöhe verursacht. Wissenschaftliche Studien belegen, dass diese Klimaentwicklung nachhaltig ist. Ein auf die Landwirtschaft angepasster Versicherungsschutz ist unerlässlich, Risikomanagement nimmt an Bedeutung zu. Inwieweit Indexversicherungen als Risikomanagementtool einen Vorteil für den Agrarsektor bringen, wie Österreich im internationalen Umfeld mit der Dürreindexversicherung führend ist und wie man die Mammutaufgabe zur Feststellung von Dürreschäden an mehreren Hunderttausend Hektar verdorrten Agrarflächen managen kann, darüber diskutierten heute führende Experten in einem Webinar der Österreichischen Hagelversicherung mit mehr als 400 Teilnehmern. *

* * *

Weinberger: Pionier in der Anwendung von Indexversicherungen

"Die Klimaveränderung ist eine zunehmende Herausforderung und bedarf neuer Strategien aller Beteiligten", betont der Vorstandsvorsitzende der Hagelversicherung und Boku-Uniratsvorsitzende, **Kurt Weinberger**, in seinen einleitenden Worten: "Mit der Ausweitung der Prämienförderung auf 55% hat die Politik mit Bundesministerin Köstinger an der Spitze ihre Antwort gegeben. Als umfassendster und modernster Spezialversicherer bieten wir - einzigartig in Europa - bereits seit 2015 eine Dürreindexversicherung für Ackerkulturen und für das Grünland an. Die beiden wichtigsten Parameter für die Dürre, nämlich Wassermangel und Hitze, sind in einem Versicherungsprodukt zusammengefasst. Mittlerweile ist in Österreich bereits jeder dritte Grünlandbauer mit der Dürreindexversicherung abgesichert, aber auch beispielsweise 40% der Maisanbaufläche. Sehr viele Betriebsleiter sind also bereits ihrer unternehmerischen und betriebswirtschaftlichen Verantwortung gerecht geworden."

Kuhn: Wie Digitalisierung ein nachhaltiges Risikomanagement unterstützen kann

Das Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien (IAMO) widmet sich der Analyse von wirtschaftlichen, sozialen und politischen Veränderungsprozessen in der Agrar- und Ernährungswirtschaft sowie in den ländlichen Räumen. Sein Untersuchungsgebiet erstreckt sich von der sich erweiternden EU über die Transformationsregionen Mittel-, Ost- und Südosteuropas bis nach Zentral- und Ostasien. Anhaltende Trockenperioden führen zunehmend auch in Mitteleuropa zu massiven Ernteverlusten. "Wirksames und schnelles Gegensteuern erfordert den Einsatz modernster Technologie zur exakten und zeitnahen Erfassung von Ertragsdaten. Basierend auf Forschungsprojekten in Zentralasien und Deutschland stellen wir technische Möglichkeiten der Ertragsschätzung und -messung sowie Herausforderungen der praktischen Nutzung im Rahmen von indexbasierten Agrarversicherungen vor. Für eine erfolgreiche Umsetzung sind neben technischen Hürden insbesondere Fragen der Wirtschaftlichkeit, Vertrauensbildung und Transparenz für eine erfolgreiche Implementierung relevant", informierte **Lena Kuhn** vom Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien (IAMO).

Rieder: Der Klimawandel macht Indexversicherungen notwendig

Die fortschreitende Erderwärmung geht mit einer deutlichen Veränderung in meteorologischen Extremereignissen einher. Ein Trend, der sich in den nächsten Jahrzehnten, im Ausmaß vom Szenario abhängig, weiter verstärken wird. "Für die Landwirtschaft sind vor allem zunehmender Hitzestress und veränderter Bodenwasserhaushalt und damit einhergehend vermehrte Trockenheit bedeutsam. Auch wachsender Schädlingsdruck oder Ertragsausfälle durch Starkniederschlag oder Hagel stellen eine zunehmende Herausforderung dar", so **Harald Rieder**, Leiter des Instituts für Meteorologie und Klimatologie an der Boku. Moderate Anpassungsmöglichkeiten sieht er durch geänderte Sortenauswahl sowie veränderte Bodenbearbeitung und Anbauarten. "Im Versicherungsbereich bieten sich vor allem Indexversicherungen an, um wirtschaftliche Folgen des fortschreitenden Klimawandels zu kompensieren", meint der Experte.

Staudinger: Risikobewertung auf Basis langjähriger Wetterdaten

Michael Staudinger, Direktor der Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik (ZAMG), veranschaulichte, wie sich die Niederschlagscharakteristik in Österreich geändert hat: "Die Perioden ohne Niederschlag sind etwas häufiger geworden, eine in der Jahressumme nur wenig veränderte Niederschlagsmenge fällt in einzelnen, sehr intensiven Ereignissen mit entsprechenden Schäden." Die von der ZAMG bereitgestellten Informationen bilden die meteorologische Grundlage für die Berechnung des Dürreindex der Österreichischen Hagelversicherung. Niederschlagsdaten werden auf einem 1x1 km-Raster flächendeckend für ganz Österreich zur Verfügung gestellt. In die Niederschlagsanalysen fließen Niederschlagsmessungen von insgesamt bis zu 800 Messstationen der ZAMG, der hydrografischen Dienste der Bundesländer, anderer Betreiber und von Wetterdiensten aus dem benachbarten Ausland ein.

Internationale Trends in der Indexversicherung

Wetter-, Satelliten- oder Ernteertragsdaten werden in allen Versicherungsmärkten der Welt für die Strukturierung von Indexprodukten verwendet, um die Vulnerabilität von Landwirten gegenüber Wetterphänomenen zu reduzieren, veranschaulichte **Paul Hammer** von Swiss Re. "Insbesondere in der Grünlandversicherung hat sich die Indexversicherung als einziger gangbarer Weg durchgesetzt. Satellitenbasierte Bodenfeuchte und die darauf basierenden Dürreindexprodukte werden global stark nachgefragt und tragen zur Reduzierung des Basisrisikos bei. Zentral bleibt, den Mehrwert für die Landwirte bei der Gestaltung neuer Indexprodukte in den Fokus zu setzen. Dies bedingt, dass schadensbasierte Versicherungsprodukte ihre Daseinsberechtigung nicht verlieren und Hand in Hand mit Indexprodukten angeboten werden. Die zunehmende Digitalisierung der Landwirtschaft und die dabei erhobenen Daten werden es in Zukunft ermöglichen, Indexprodukte noch besser an die individuellen Bedürfnisse und Risikoprofile der Landwirte anzupassen."

Zur Existenzabsicherung für landwirtschaftliche Betriebe

"Indexversicherungen sind für uns Bäuerinnen und Bauern ein zentraler Bestandteil. Ohne öffentliche Unterstützung sind diese aber nicht leistbar für uns. Bund und Länder haben daher ihre Unterstützungsstrategie geändert und bezuschussen die Versicherungsprämie mit 55%", verweist **Irene Neumann-Hartberger**, Landesbäuerin Niederösterreich, auf die Win-win-Situation für alle Beteiligten: "Die Prämienbezuschussung als vorgezogene Katastrophenhilfe unterstützt die

Risikovorsorge, macht das Staatsbudget kalkulierbar und der Landwirt wird im Schadensfall nicht zum Bittsteller. Die Versorgung unserer Bevölkerung mit heimischen Lebensmitteln wird gesichert, weil bäuerliche Betriebe erhalten bleiben. Gerade die Corona-Krise hat uns gezeigt, wie wichtig eine ausreichende Selbstversorgung mit heimischen Lebensmitteln ist."

Wie die Dürreindexversicherung im Schadensfall funktioniert

Das weiß **Johann Fank**, Direktor für Schadensmanagement bei der Hagelversicherung, am besten: "Regenmangel und Hitze sind die beiden Parameter, die in der Dürreindexversicherung zusammengefasst sind. Regnet es deutlich weniger als im zehnjährigen Durchschnitt, so erfolgt eine Schadensauszahlung. Verschärft Hitze diese Situation, so erhöht dies die Entschädigung weiter."

Die Berechnung erfolgt auf Basis der ZAMG-Wetterdaten im Sommer täglich für jede Katastralgemeinde. "Wichtig zu wissen ist, dass bei diesem Produkt keine Schadenserhebung vor Ort erfolgt. Der tatsächliche Ertragsausfall auf der Einzelfläche ist in diesem pauschalen Modell nicht berücksichtigt. Ist ein Schaden eingetreten, so reicht eine Schadensmeldung auf www.hagel.at. Die Schadensabrechnung erfolgt, sobald die final geprüften Wetterdaten der ZAMG verfügbar sind. Das ist bei Wintergetreide meist ab Ende Juli und bei den übrigen Kulturen ab Ende September der Fall. Zwischendurch können alle Versicherten die täglichen Wetterdaten und Zwischenergebnisse im Portal unter www.hagel.at einsehen. Abschließbar ist die Dürreindexversicherung für Grünland, Ackerfutter, Mais, Soja, Wintergetreide, Zuckerrüben und Sonnenblumen", so Fank.

Das Webinar zum Nachhören und die Präsentation zum Download sind unter <https://www.hagel.at> zu finden.

Das nächste Hagel-Webinar "Die Grünlandbewirtschaftung in Zeiten des Klimawandels" findet am 17. März 2021 statt, Programm und Anmeldung unter <https://www.hagel.at>. (Schluss)

Weltfrauentag 2021: Heldinnen aus unseren Regionen gesucht

Auf www.nachhaltigkeit.at besondere Frauen nominieren

Wien, 3. März 2021 (aiz.info). - Die Corona-Krise hat uns allen viel abverlangt, besonders den Bäuerinnen und schlussendlich allen Frauen in unseren ländlichen Regionen. Das Bundesministerium für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus (BMLRT) nimmt daher den 8. März, den Internationalen Frauentag, zum Anlass, um die Heldinnen in ganz Österreich sichtbar zu machen. * * * *

"Ob in der Landwirtschaft, im Geschäftsleben, dem Ehrenamt oder als Rückgrat der Familie - Frauen sind die Heldinnen unserer Regionen. Rund um den Weltfrauentag wollen wir deshalb alle Frauen vor den Vorhang holen, die unsere Regionen zu dem machen, was sie sind: Heimat", betont Regionenministerin **Elisabeth Köstinger**.

Bundesbäuerin **Andrea Schwarzmann** ergänzt: "Der alljährliche Weltfrauentag macht uns darauf aufmerksam, wie viel Dank wir den Frauen generell und unseren Bäuerinnen im Speziellen jeden Tag im Jahr schuldig sind. Ihr Einsatz in der Familie und in der Gesellschaft ist einzigartig für das Wohl der Menschen in unserem Land. Sie sind das Herz der Familie und die Managerin am Hof. Dabei

leisten unsere Bäuerinnen auch noch als Erzeugerinnen von wertvollen, regionalen Lebensmitteln ihren Beitrag für die Gesundheit der Konsumenten, sind als Dienstleisterinnen und Unternehmerinnen, zum Beispiel mit Urlaub am Bauernhof und Green Care, echte Vorreiterinnen und durch ihre ehrenamtliche Tätigkeit eine unverzichtbare Stütze der Gesellschaft in unseren Dörfern und Regionen."

Heldinnen gesucht

Auf der BMLRT-Plattform www.nachhaltigkeit.at können bis 14. März Heldinnen der Regionen nominiert werden. Einfach ein Foto der Lieblings-Powerfrau posten und dazuschreiben, warum sie die persönliche Heldin ist. Wichtig ist für die Favoritin abzustimmen, denn auf die drei Heldinnen mit den meisten Votings warten tolle Preise.

Frauenpower in Zahlen

Von den 3,5 Mio. österreichischen Bürgern ab 15 Jahren, die ehrenamtlich oder freiwillig tätig sind, sind die Hälfte Frauen. Hierzulande gibt es mehr als 130.000 Bäuerinnen. Ein Drittel aller Bauernhöfe wird von Frauen geführt. Frauen sind auch wahre Organisationstalente bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. 2019 waren laut Statistik Austria 74% der Frauen im Alter von 25 bis 49 Jahren mit Kindern unter 15 Jahren teilzeitbeschäftigt, und auch im Bereich der häuslichen Pflege liegt ihr Anteil bei 73%. (Schluss)

Russland: Lebensmittelproduzenten versprechen Preisstabilität

Gegenleistung vom Agrarressort erwünscht

Moskau, 3. März 2021 (aiz.info). - In Russland haben sich Produzenten von Geflügelfleisch und Hühnereiern gegenüber dem Landwirtschaftsministerium verpflichtet, die derzeit gültigen Preise für die Abgabe an die Handelsketten in den kommenden Monaten nicht zu erhöhen. In einem Presseinterview stellte der Geschäftsführer des nationalen Geflügelhalterverbandes, **Sergej Lachtjuchow**, klar, dass die Verpflichtung mindestens zwei Monate gelten soll. Es handle sich ihm zufolge um ein freiwilliges Versprechen. Im Gegenzug aber forderte Lachtjuchow vom Ressort höhere Limits für die Vergabe zinsvergünstigter Investitionskredite an den Produktionssektor sowie einen längeren Zeitrahmen für dieses Programm. * * * *

Eine ähnliche Zusicherung kam inzwischen auch vonseiten des Fachverbandes der Produzenten von Pflanzenölen und Pflanzenfetten: Seine Mitgliedsunternehmen seien bereit, die Abgabepreise für Sonnenblumenöl mindestens bis August stabil zu halten. Danach könnten diese angesichts der zu erwartenden höheren Sonnenblumenernte sogar gesenkt werden. Insofern, so Verbandsdirektor **Michail Malzew**, gebe es auch keinen Grund für eine Verlängerung der im Dezember mit der Regierung vorerst bis Ende des ersten Quartals 2021 vereinbarten Preisobergrenze bei einer Abgabe an den Handel.

Wie berichtet, betraf die Abmachung vorerst Sonnenblumenöl und Zucker, galt aber als Warnung für die anderen Produzenten von Grundnahrungsmitteln. Den Ölmühlern wurde dabei die Einführung eines 15%igen Exportzolls auf Sonnenblumenöl angedroht, falls diese die Vereinbarung nicht einhalten würden. (Schluss) pom